

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(17. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Christoph
Hartmann (Homburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/3810 –**

Nationales Sicherheitsforschungsprogramm vorlegen

A. Problem

Die Antragsteller gehen davon aus, dass die in den letzten Jahren weltweit geplanten und ausgeführten terroristischer Anschläge extremistischer Gruppen eine ernsthafte Gefahr für demokratische Gesellschaften darstellen. Auch eine moderne Forschungspolitik stehe so vor erheblichen Herausforderungen. Deutschland müsse stärker in eine Forschung investieren, die der aktiven und passiven Sicherheit des Landes und der Europäischen Union (EU) diene.

In Deutschland habe die wehrtechnische Forschung in den letzten Jahren deutlich abgenommen; dies komme auch im Haushaltsansatz für das Jahr 2005 deutlich zum Ausdruck. Der Rückgang der Mittel aus der öffentlichen Hand könne durch den privaten Sektor kaum kompensiert werden. Von den einst vierundzwanzig in der Wehrtechnik engagierten großen und mittleren deutschen Unternehmen seien nur noch acht übrig geblieben. Diese Entwicklung sei mit einem dramatischen Arbeitsplatzabbau von 280 000 auf unter 80 000 Beschäftigte in der wehrtechnischen Branche verbunden. Nicht wieder aufzuholen sei der Wegfall wehrtechnischer Kompetenz durch den so genannten brain drain, die Abwanderung von Forschungskompetenz.

Während Großbritannien und Frankreich heute rund 75 Prozent des europäischen militärischen Forschungs- und Entwicklungsbudgets stellten, liege der deutsche Anteil bei nur noch 14 Prozent. Die deutsche Industrie habe die Forschungsmittel auf ca. 100 Mio. Euro deutlich abgesenkt. Für die reine Rüstungsforschung hätten in Deutschland 2003 ca. 220 Mio. Euro, in Frankreich 440 Mio. Euro und in Großbritannien ca. 530 Mio. Euro zur Verfügung gestanden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/3810 – abzulehnen.

Berlin, den 26. Januar 2005

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchard
Stellv. Vorsitzende und
Berichterstatterin

Michael Kretschmer
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Ulrike Flach
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ulla Burchardt, Michael Kretschmer, Hans-Josef Fell und Ulrike Flach

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/3810 in seiner 148. Sitzung am 16. Dezember 2004 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss sowie den Verteidigungsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Angesichts des im Einzelnen geschilderten deutlichen Rückgangs der wehrtechnischen Forschung in Deutschland und der terroristischen Anschläge extremistischer Gewalttäter betonen die Antragsteller, dass sich die bisher in Deutschland sehr ausgeprägte Trennung zwischen militärischer und ziviler Forschung kaum aufrechterhalten lassen kann. Es wird gefordert, die Anstrengungen für eine umfassende Sicherheitsforschung zu erhöhen. Dabei gehen die Antragsteller von einem weiten Begriff der Sicherheitsforschung, der auch die Themen der Friedens- und Konfliktforschung mit einbezieht, aus.

Vor diesem Hintergrund fordern die Antragsteller die Bundesregierung auf,

1. ein Ressort übergreifendes Programm „Forschung für mehr Sicherheit“ aufzulegen;
2. die finanziellen Ausweitungen des Siebten Forschungsrahmenprogramms nicht dazu zu nutzen, eigene Programme zurückzufahren und
3. sich für eine Verzahnung der verschiedenen Akteure der Sicherheitsforschung einzusetzen und die Einrichtung von Kommunikationsplattformen, Kompetenzzentren, Netzwerken und Austauschmöglichkeiten zu fördern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden Ausschüsse haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag in seiner Sitzung am 26. Januar 2005 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/3810 – mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird unter Hinweis auf die Anschläge vom 11. September gefordert, die Sicherheitsforschung auch innerhalb der EU zu koordinieren. Die Sicherheitsforschung muss stabiler und transparenter gestaltet werden, als das in der Vergangenheit der Fall war. Die

Fraktion der FDP spreche sich mit diesem Antrag ausdrücklich dafür aus, ein europäisches Programm für Sicherheitsforschung mit dem Siebten Forschungsrahmenprogramm in Verbindung zu bringen. Das sei ein Weg, um die Anstrengungen auch in die Zukunft gerichtet zu bündeln. Mit dem Nationalen Sicherheitsforschungsprogramm wolle die Fraktion der FDP eine Entwicklung beenden, in der Deutschland in zunehmendem Maße hinter große Nachbarstaaten wie Frankreich und Großbritannien zurückfalle. Diese Länder seien offensichtlich in der Lage, sehr viel in diesem Bereich zu investieren und auch sehr viel EU-Mittel abzuschöpfen. Dabei könne sich die Fraktion der FDP nicht in der Rolle einer Rüstungslobby sehen. Moderne Sicherheitsforschung bedeute nicht Investitionen in Waffentypen, sondern es gehe darum, genau wie in anderen Ländern in allen modernen Schlüsseltechnologien auch diesen Bereich mit zu erfassen. Das betreffe vor allen Dingen den Bereich Nanotechnologie, die optischen Technologien, das betreffe Minensuchtechnologien, aber es gelte auch für Bereiche unabhängig von diesen Schlüsseltechnologien wie etwa die Krisenvermeidung, Konfliktvermeidung, Evakuierungstechnologien und kerntechnische Sicherheitsforschung. Die Fraktion der FDP sei der Überzeugung, dass man auf europäischer Ebene gemeinsam vorangehen sollte.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird der Hinweis auf den 11. September als Begründung für den Antrag der Fraktion der FDP für sehr fragwürdig gehalten. Die Vorgänge des 11. September oder die Anschläge in Madrid hätten durch keine Sicherheitstechnologie verhindert werden können. Wenn man die wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtige, was wirklich die Bedrohung der Sicherheit ausmache, dann stelle man fest, dass der Sicherheitsbegriff, den die Fraktion der FDP zu Grunde lege, in keiner Weise den tatsächlichen Bedrohungspotenzialen Rechnung trage. Es sei mittlerweile die Frage nach der Verteilung von Lebenschancen und von Lebensqualität auf der Welt als entscheidend erkannt worden. Wenn man erkenne, dass der Frieden in Europa sehr viel mit wirtschaftlichem Wohlstand und fortschreitender Lebensqualität und der Angleichung von Lebensverhältnissen zu tun hat, dann bekomme man auch eine Vorstellung davon, was für die globale Sicherheit und auch für unsere eigene Sicherheit notwendig wäre. Die Forderung nach mehr Geldern für die Sicherheitsforschung gehe an der Realität vorbei, dass weltweit die Mittel für Rüstungs- und Sicherheitsforschung um mehr als 100fach so groß seien wie die Mittel, die wirklich für die Entwicklung akzeptabler menschlicher Lebensverhältnisse notwendig seien.

Zu der Frage nach ziviler Krisenprävention und wie man auf einer breiteren Ebene für die Sicherheit von Menschen in unserem Land und auf der ganzen Welt sorgen könne, sei in den unterschiedlichen Ressorts der Bundesregierung genügend Potenzial vorhanden. Die Strategien seien angelegt von der globalen Strukturpolitik bis hin zu einer Forschungspolitik, die Sicherheit nicht nur in einem engen Sinne verstehe, die aber eine zukunftsweisende und erfolgreiche Technologiepolitik in der gesamten Breite bedeute.

Die Fraktion der SPD vermisst in dem Antrag der Fraktion der FDP eine präzisere Verbindung zu dem europäischen Sicherheitsforschungsprogramm. Man müsse sich genauer damit befassen, was dort gefördert werde und wie die Verteilung von Mitteln aussehe. Auch sei zu fragen, ob das, was jetzt als neues Sicherheitsforschungsprogramm innerhalb der EU aufgelegt werde, zu Lasten anderer Forschungsbereiche inkl. der Grundlagenforschung gehe. Die Fraktion der SPD hält den Antragstellern entgegen, dass ein großer Subventionstopf für Konzerne geschaffen und unter dem Etikett der Sicherheit der Bürger ein Zugriff auf Steuermittel eröffnet werden solle.

Bei dem Vergleich mit Großbritannien und Frankreich beziehe sich die Fraktion der FDP offensichtlich auf eine Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste, die aber zu differenzierteren Ergebnissen gekommen seien.

Im Übrigen sei der Spin-off-Effekt, nach dem Ausgaben für Rüstungsforschung den wissenschaftlichen Kapazitäten im eigenen Lande dienen, in keiner Weise empirisch belegt.

Abzulehnen sei in dem Antrag auch, dass sich die Friedens- und Konfliktforschung stärker auf den Schwerpunkt der Ursachen extremistischer und terroristischer Bedrohung konzentrieren soll. Notwendig sei eine Friedens- und Konfliktforschung in der ganzen Breite. Im Gegensatz zur Fraktion der FDP, die einem Kürzungsantrag der Fraktion der CDU/CSU bei der Friedens- und Konfliktforschung um eine Mio. Euro zugestimmt habe, entspreche die Forschungspolitik der Koalition dem tatsächlichen Bedrohungspotenzial besser.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird unterstrichen, dass es sehr wohl Anlass gebe, im Hinblick auf den 11. September über sicherheitsrelevante Technikforschung zu diskutieren. Hier sei nur an den genetischen Fingerabdruck und an den Ausweis mit biometrischen Merkmalen zu erinnern.

Die Fraktion der CDU/CSU teile die Meinung der FDP, dass Sicherheitsforschung ein wichtiger Punkt ist und dass in Deutschland einige Defizite abzubauen seien. Die Größenordnung von etwa 220 Mio. Euro in Deutschland und 530 Mio. Euro in Großbritannien zeige eine Tendenz und eine Größenordnung auf.

Die Position der Bundesregierung sei es, zivile Forschungsergebnisse in den wehrtechnischen und in den sicherheitstechnischen Verteidigungsbereich einzubeziehen. Die Bundesregierung räume allerdings ein, dass in der Sicherheitsforschung und der Verteidigungsindustrie andere Rahmenbedingungen herrschen wie z. B. bei der Frage von Geheimnisverrat und Geheimhaltung. Der Verweis auf das Siebte Forschungsrahmenprogramm sei ohne weiteres nicht umsetzbar, weil im Siebten Forschungsrahmenprogramm Instrumente verwendet werden, die ausschließlich für den zivilen Bereich konstruiert worden sind. Wenn es darum gehe, Forschungsförderung im Bereich der Sicherheitsforschung mit europäischen Geldern zu organisieren, dann sei es zunächst einmal eine Frage der Instrumente. Mit technologischen Plattformen werde das nicht möglich sein. Es stelle ein Umdenken dar, dass die Regierung jetzt der Meinung sei, die Sicherheitsforschung sollte aus dem Siebten Forschungsrahmenprogramm finanziert werden. Fraglich sei, mit welchen Instrumenten und auf welchem Wege das geschehen sollte. Das Hauptproblem sei, welche Rolle die

Bundeswehr als der größte Nachfrager von sicherheitstechnischen und wehrtechnischen Erzeugnissen spielen und welche Aufgaben sie in der Zukunft in Deutschland aber auch in der Welt übernehmen solle. Hier habe die rot-grüne Koalition in den letzten sechs Jahren keine Antwort gefunden. Durch das Schrumpfen ist die Bundeswehr nicht mehr in der Lage, in bedeutenden Größenordnungen als Auftragnehmer oder als Auftraggeber zu fungieren. Dies gefährde auch den Standort Deutschland. Aber auch für eine Armee, die auf Friedensmission, auf Konfliktbefriedung im besten Sinne des Wortes eingeht, ist technisches Know-how und sind ebenfalls Investitionen notwendig. Diesen Gedanken weiter zu verfolgen und der Bundeswehr ein entsprechendes Image zu geben, macht sie im Übrigen interessant für junge Leute und gibt ihrem Stellenwert in der Bevölkerung eine ganz andere Dimension, als sie es jetzt hat. Gerade hier reduziere die Bundesregierung in unverantwortlicher Weise das Geld und Sorge dafür, dass die Bundeswehr und andere Einrichtungen eben nicht mehr in der Lage sind, als Auftraggeber zu fungieren. Es gehe nicht nur um die Frage, dass die Arbeitsplätze in Deutschland verloren gehen, sondern auch darum, dass Deutschlands Möglichkeiten, die Sicherheit für das eigene Land zu gewährleisten, rapide abnehmen.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird hervorgehoben, dass es ausschließlich darum geht, ob der Antrag den richtigen Weg für mehr Sicherheit in der Bevölkerung darstelle. Dies sei fraktionsübergreifend ein ganz klares Ziel angesichts von Terror- und anderen Bedrohungen. Dies festzustellen sei wichtig, wenn auch Kritik an dem Antrag der Fraktion der FDP geübt werde. Anzuerkennen sei, dass Friedens- und Konfliktforschung thematisiert und als wichtig erachtet werden. Eine stärkere Konzentration der Friedens- und Konfliktforschung auf die Ursachen extremistischer und terroristischer Bedrohungen verkennt aber, dass weiterhin Kriege eine Bedrohung für die Menschen darstellen. Man kann nicht davon ausgehen, dass Deutschland für immer von Kriegen verschont bleibt und deswegen müssen auch kriegsursachen erkundet, analysiert und friedenspolitisch erforscht werden. Diese Forderung sei dem Antrag nicht zu entnehmen.

Insgesamt zielt der Antrag zu stark auf reine technologische Schutzmaßnahmen für die Bürger ab, die dann auch eine wirtschaftspolitische Dimension gewinnen. Bei einer solch wichtigen Frage wie Sicherheitsforschung sollten nicht nur Arbeitsplätze im Blick stehen, sondern vor allem die gesamten Bedrohungen, die auf diese Gesellschaft zukommen. Es sei erstaunlich, dass nach 30/40 Jahren Nutzung der Kernenergie offensichtlich dort immer noch Bedrohungssituationen gesehen werden und dass es hier Forschungsbedarf gebe. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei aus vielen Gründen, u. a. aus Gründen des Terrorismus, gegen Kernkraftwerke. Nur das Abschalten und nicht sicherheitstechnische Verbesserungen der Kernkraftwerke führe dazu, dass sie keine Sicherheitsbedrohung sind.

Die Fraktion vermisst in dem Antrag eine Aussage zu der Sicherheitsbedrohung durch Klimaveränderungen. Das Pentagon hat im Februar letzten Jahres eine Studie veröffentlicht, die weltweit sehr große Aufmerksamkeit verursacht habe. In dieser Studie heißt es: „Eine größere Bedrohung für die Sicherheitslage der amerikanischen Bevölkerung als wie

sie Terror und Kriege hervorrufen, ist die Klimaveränderung. Die Auswirkungen einer Klimaveränderung werden den Sicherheitsbereich der Bevölkerung viel stärker beeinflussen, als Terror und Gewalt in dieser Welt.“ Wenn über Sicherheit der Bevölkerung geredet werde, müssten alle Bedrohungen im Blick sein. Nicht nur nanotechnologische und biotechnologische Verbesserungen sind für die Sicherheit unserer Bevölkerung notwendig, sondern eine weit umfassende Kriegsursachenbekämpfung und auch Klimaveränderungsbekämpfung.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird festgestellt, dass es keine Überlegungen gibt, ein nationales Sicherheitsforschungsprogramm aufzulegen. Sie konzentrierte sich auf eine konstruktive aber auch Einfluss nehmende Diskussion in der Europäischen Union zur Vorbereitung des Siebten Forschungsrahmenprogramms. Bereits 2004 hätte die EU mit einer vorbereitenden Maßnahme zur Sicherheitsforschung begonnen. Ein Blick auf das Abschneiden deutscher Antragsteller bei der ersten Ausschreibung 2004 mache deutlich, dass deutsche Antragsteller auf dem Gebiet der EU-Sicherheitsforschung besser aufgestellt sind, als allgemein angenommen wird. Von einem strukturellen Defizit in der deutschen Forschungslandschaft bei der Mitwirkung an den Anträgen für die EU könne keine Rede sein. An der jetzt ausgewählten Liste zu den Themen „Krisenmanagement, Raumfahrt, Sicherheit von Informationssystemen“

sind bei einem Drittel Deutsche federführend, an drei viertel der Vorhaben sind deutsche Antragsteller beteiligt. Die breit aufgestellte deutsche Forschungslandschaft hat von ihrer Kompetenz her viele Vernetzungspunkte, um an entsprechenden Projekten mitzuwirken.

Es gebe eine klare Aussage Deutschlands an die EU für eine Sicherheitsforschung zu Themen der inneren Sicherheit. Eine Vermischung der Themen „Sicherheit, Bedrohung durch Terrorismus und allgemeine Fragen der Rüstungs- und Wehrtechnik“ sei aber ausdrücklich nicht gewollt. Zwischen den Ressorts werde gegenwärtig abgestimmt, wie die deutsche Position in Brüssel definiert werden soll. Schwerpunktthemen seien dabei auch die Verbesserung der sicherheitsrelevanten Bedrohungsanalysen, Optimierung der Sicherheit und Schutz vernetzter Systeme; ebenso Interoperabilität und Integration von IuK-Systemen unter Einbeziehung der Endnutzer und der erforderlichen Standardisierung, Verbesserung von Krisenmanagement und auch Schutz vor Terrorismus im engeren Sinne. Diese Fragen der inneren Sicherheit sollten strukturell die Ausgestaltung des Siebten Forschungsrahmenprogramms an dieser Stelle bestimmen.

Die Bundesregierung schlage auch vor, dass Fragen der Friedens- und Konfliktforschung als eigener Themenkomplex in dieses Sicherheitsforschungsprogramm eingehen.

Berlin, den 26. Januar 2005

Ulla Burchard
Berichterstatlerin

Michael Kretschmer
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Ulrike Flach
Berichterstatlerin

